

Inhalt der Sitzung vom 23.01.2012

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellte GR Prof. Dr. Dr. Ulrich Mende (SPD) im Namen der Fraktionen der SPD und GLP den Antrag, den TOP 5 von der TO zu nehmen. Es gäbe hier noch Punkte, die der Klärung bedürfen. Diese Diskussion wäre allerdings für die Zuhörer uninteressant, deshalb solle der TOP in den Ausschuss verwiesen werden.

GR Dr. Stephan Verclas (PL) sagte, die PL sehe keinen weiteren Beratungsbedarf.

GR Karl Schleich (CDU) sagte, die CDU könne diesem Antrag zustimmen.

Der Antrag wurde mehrheitlich angenommen mit 11 Ja-Stimmen von CDU (6), SPD (3) und GLP (2), bei 7 Gegenstimmen der PL und 1 Enthaltung des BGM.

TOP Ö 2

Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Nahversorgung und Wohnen in der Ortsmitte“ – Aufstellungsbeschluss – Billigung der Vorentwürfe – Frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Die ehemalige Gaststätte „Adler“ in der Schwetzingen Straße war seit Anfang des 20. Jahrhunderts bis zu den 80er Jahren ein bedeutender Mittelpunkt im Plankstadter Ortsleben. Ausgelöst durch gestiegene Anforderungen und Ansprüche an Gastronomiebetriebe wurden Ende der 80er Jahre unter Beteiligung der kommunalen Gremien neue Konzepte zur Nutzung des Saals und der Gaststätte entwickelt, um den Standort für eine weitere gastronomische Nutzung langfristig zu sichern und auszubauen. Aus den verschiedensten Gründen konnten die damaligen Planungen nicht umgesetzt werden. In den nachfolgenden Jahren verlor die Nutzung des Saals für örtliche Veranstaltungen immer mehr an Bedeutung und auch neue Konzepte konnten den schleichenden Niedergang nicht mehr aufhalten. Im Jahr 2007 endete die letzte Nutzungsphase als Musik-Gaststätte. Seither steht das Gebäude leer.

Die Suche nach neuen Nutzungen führte danach zu keinen realisierbaren Ergebnissen. Erschwerend war sicherlich die Denkmaleigenschaft verschiedener Gebäudeteile. Neue Nutzungen wären nur unter Berücksichtigung des denkmalgeschützten Gebäudebestands möglich. Kann allerdings keine sinnvolle neue Nutzung erreicht werden, muss die Frage gestellt werden, wie das Denkmal auf Dauer erhalten werden soll und ob ein Erhalt unter diesen Voraussetzungen sinnvoll ist.

Unter Berücksichtigung der aktuellen unbefriedigenden Versorgungssituation in der Ortsmitte, der weiteren Zunahme des Anteils älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung und der mit zunehmendem Alter einhergehenden eingeschränkten Mobilität hat der Gemeinderat am 26.07.2010 die Verbesserung der Versorgungssituation in der Ortsmitte mit Artikeln des täglichen Bedarfs, insbesondere Lebensmittel, als eines der wichtigsten Sanierungsziele beschlossen.

Erste Planungsüberlegungen wurden dem Gremium anlässlich der Bauausschusssitzung am 10.01.2011 und 04.07.2011 vorgestellt. Daneben wurden Gespräche mit dem Grundstückseigentümer geführt und die wirtschaftlichen Machbarkeitsvoraussetzungen definiert. In der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 18.07.2011 wurde dem Konzept zum Abbruch des Gebäudebestandes auf dem betreffenden Areal und dem dortigen Neubau von Gebäuden zur Sicherung der Nahversorgung und Schaffung von weiterem Wohnraum mehrheitlich zugestimmt. Vor diesem Hintergrund hat die Firma INWO Projektgesellschaft Beta GmbH als Vorhabenträgerin am 22.09.2011 einen Antrag auf Erstellung eines Vorhabenbezogenen Bebauungsplans für die

betreffenden Grundstücke des Areals gestellt. Ziel der Planung ist nach Abbruch des Gebäudebestandes die Errichtung eines Gebäudes für einen EDEKA-Treff 3000 Lebensmittelmarkt mit einer Verkaufsfläche von 600 m² und einer kleineren ergänzenden Ladeneinheit sowie für weitere gewerbliche Büro- oder Praxisnutzungen und Wohnungen in den Obergeschossen. Im rückwärtigen Grundstücksbereich soll ein zweites Gebäude mit Wohnnutzung entstehen. Notwendige Stellplätze sollen entlang der Schwetzingener Straße und zwischen den beiden Gebäuden nachgewiesen werden.

In der Bauausschusssitzung am 11.10.2011 wurde eine Planung vorgestellt, die sich nach Auffassung der Ausschussmitglieder durch giebelständige Elemente besser in die Ortsmitte einfüge.

Die gemäß Baugesetzbuch vorgeschriebenen Verfahrensschritte zur Beteiligung der Öffentlichkeit am Planungsprozess wurden durch eine diesen Verfahrensschritten vorangestellte Bürgerversammlung am 05.12.2011 ergänzt.

Am 14.12.2011 fand in Schwetzingen eine Besprechung der Bürgermeister von Plankstadt, Schwetzingen, Oftersheim und Vertretern des Nachbarschaftsverbandes statt. Es wurden keine Auswirkungen des geplanten Einzelhandelsvorhabens auf das interkommunale Leitbild festgestellt.

In der Bauausschusssitzung am 09.01.2012 wurde den Ausschussmitgliedern das Einzelhandelskonzept für Plankstadt, Oftersheim und Schwetzingen und die Auswirkungsanalyse zu Lebensmittelmarktansiedlungen in Plankstadt ausführlich erläutert.

GR Waldecker (PL) sagte, dass dieses Vorhaben den Gemeinderat nun schon seit Jahren beschäftige. Jetzt solle die Vorarbeit konkretisiert werden und man könne eine sinnvolle Lösung für das Adler-Areal und die Bürgerinnen und Bürger schaffen. Es gäbe immer wieder Klagen aus der Bevölkerung, dass es innerorts keine Einkaufsmöglichkeiten gäbe. Man habe nun die historische Chance, städtebauliche Impulse zu setzen, sollte dabei aber nicht vergessen, dass man bei dem Adler-Areal über Privateigentum spreche. Niemand wolle, dass sein Eigentum Gegenstand öffentlicher Spekulationen werde und schon gar nicht lasse man sich gerne diktieren, was mit dem persönlichen Eigentum geschehen solle. Nach langen innerfraktionären Diskussionen könne man der kleinen Lösung ohne Einbeziehung des Grundstücks Schwetzingener Str. 23 zustimmen, beantrage aber Einzelabstimmung.

GR Dr. Weis (CDU) sagte, es gehe nicht darum, für das Adler-Areal eine Nutzung zu finden. Das müsse der Privateigentümer selbst tun. Ob das städtebauliche Signal gut sei, wage er zu bezweifeln. Information sei das, was alle bräuchten, um eine gute Entscheidung zu finden. Allerdings laufe das hier immer schleppend. Das Gutachten sei der CDU im Oktober 2011 in die Hände gefallen. Er benannte den Einzelhandelsersatz für Baden-Württemberg, eine Vorschrift, wie zu entscheiden sei. Er habe den Eindruck, dass man erst einmal alles kaputt machen wolle, um es dann wieder neu aufzubauen. Der „Ihre Kette“- Markt sei im Bestand gefährdet, was er aus dem Gutachten entnommen hätte. Leider hätten wohl nicht alle Gemeinderäte dieses Gutachten gelesen. Man müsse sich den Rat der Gutachter zu Herzen nehmen und den Bestand des Standortes Schubertstraße nicht leichtfertig gefährden. Er vertrat die Meinung, dass man das Konzept in Frage stellen müsse und appellierte an Horst Kolb und Fredi Engelhardt als Einzelhändler. Es sei eine Entscheidung Adler oder den Standort Schubertstraße. GR Dr. Weis sprach von einer fragwürdigen Vorgehensweise der Verwaltung und des Bürgermeisters, der die Interessen der Investoren vertrete. Er begrüßte, dass man Zeit hatte, das Gutachten zu lesen und sagte, dass man mit dem vorgelegten Konzept nicht zu einer Verbesserung beitragen würde.

BGM Schmitt reagierte mit starkem Befremden auf die Aussagen von GR Dr. Weis. Er stellte klar, dass man keinesfalls davon sprechen könne, dass das Gutachten der CDU in „die Hände gefallen sei“. Es wurde im Ausschuss in der Oktobersitzung 2011 offiziell vorgestellt und anschließend an die Fraktionsvorsitzenden versandt. Die vorgelegten Planungen wurden über 3 Jahre gemeinsam mit dem Rat entwickelt und in vielen Sitzungen diskutiert, so dass von einer schleppenden Information keine Rede sein könne. Auch die weiteren unsachlichen Vorwürfe wies der BGM deutlich zurück. Das Einzelhandelskonzept – mit klarer Aussage zur Ansiedlung von Lebensmitteleinzelhandel auf dem Areal Adler - hatte der GR 2009 einstimmig beschlossen. Die Ziele der Ortskernsanierung – wesentliches Ziel dabei war die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes auf dem Adler-Areal – wurden vom Gemeinderat 2010 ebenfalls einstimmig beschlossen. Genau diese Vorgaben habe die Verwaltung Schritt für Schritt weiter entwickelt und umgesetzt. Er könne deshalb nicht erkennen, was daran fragwürdig sei und stellte auch klar, dass er mit der bisherigen Umsetzung der Gemeinderatsbeschlüsse ausschließlich die Interessen der Gemeinde Plankstadt vertreten habe.

Bgm Schmitt stellte weiterhin klar, dass aus dem Gutachten eindeutig hervor gehe, dass die Beeinträchtigung bestehender Einzelhandelsgeschäfte durch jeden einzelnen Standort für sich gering sei, lediglich die Summe aller Standorte eine kritische Größe erreiche. Um dieses zu vermeiden, schlage der Gutachter vor, an dem aktuellen Penny-Standort im Gewerbering zukünftig Lebensmitteleinzelhandel im Rahmen einer Bebauungsplanänderung auszuschließen, was auch vorgesehen sei. Das Gutachten komme zu der klaren Aussage, dass die Stärkung des Ortszentrums für Plankstadt von strategischer Bedeutung sei, weshalb auch gewisse Beeinträchtigungen des Standortes Schubertstraße zu akzeptieren seien (BGM Schmitt präsentierte die entsprechenden Auszüge aus dem Gutachten). Die Bürger/innen könnten sich darüber gerne auf der Internetseite der Gemeinde informieren, wo die wesentlichen Aussagen der Gutachten veröffentlicht seien. BGM Schmitt sagte, dass er den Richtungswechsel in der Entscheidung der CDU-Fraktion, die bereits 2008 für einen Lebensmitteldoppelstandort an der Mehrzweckhalle (MZH) - ohne den Ortskern einzubeziehen - votiert habe, seit Juli 2011 nicht nachvollziehen könne.

GR Dr. Weis (CDU) sagte, die CDU sei für die Ansiedlung eines Einzelhändlers. Nur sei die Kröte, die man schlucken müsse, zu groß und es gäbe zu viel Kollateralschaden.

GR Wacker (SPD) sagte, dass TOP 2 eng mit TOP 3 verflochten sei. Die Varianten wurden im Ausschuss vorgestellt, dabei sei zu bemerken, dass die Variante „Groß“ absolut indiskutabel sei, da dieses Konzept nicht tragfähig sei. Auch die Variante „klein“ sei äußerst kritisch zu sehen. Die geplante Verkaufsfläche des „Treff 3000“ sei zu groß. Es bestehe die Option, dass die Inhaberin des „Ihre Kette“ – Marktes in der Schubertstraße die Verkaufsräume als Filiale betreiben wolle. Sie sagte weiter, dass man einen Investor brauche, der den Bedürfnissen an der fraglichen Stelle Rechnung trage. Notfalls müsse die Gemeinde mit Zuschüssen ein solches Konzept fördern. Die Parkplätze seien auch in den vorgestellten Vorschlägen zu wenig und an einer gefährlichen Stelle. Man solle Teile der Fassade des Adlers in ein architektonisches Gesamtkonzept einbinden und den Denkmalschutz beachten.

Bgm Schmitt stellte kurz klar, dass Frau Sauer, die Betreiberin des Marktes „Ihre Kette“, ein Gespräch mit der Verwaltung hatte, in welchem sie zwar grundsätzlich Interesse an dem Markt auf dem Adler-Areal geäußert habe, sie jedoch erst bis vorauss. März prüfen müsse, ob das Projekt für sie auch tatsächlich realisierbar sei.

GR Hohl (GLP) sagte, dass diese Vorhaben mit dem Investor stehen und fallen würden. Der Investor sei am Adler-Areal nicht interessiert, wenn er keine 2 Märkte an der Mehrzweckhalle realisieren könne. GR Hohl sprach sich gegen den Abriss des denkmalgeschützten Adlers aus und vertrat die Auffassung, der Ortsmittelpunkt von

Plankstadt würde nicht nur über Lebensmittel definiert. Die Verwaltung solle über ihren Schatten springen und erkennen, dass Lebensmittel nicht alternativlos seien. Das falle dem Bürgermeister natürlich schwer, da er ein „Immobilien- und Verwertungsfritze“ sei, das müsse einmal gesagt werden.

BGM Schmitt verbot sich eine derartige Beleidigung und wies diese Behauptung deutlich von sich. Er ermahnte GR Hohl sachlich zu bleiben und wies ihn darauf hin, dass hier kein Platz für persönliche Beleidigungen sei. Sollte dies noch einmal vorkommen werde er GR Hohl der Sitzung verweisen müssen.

GR Hohl nahm seine Aussage zurück. Er führte weiter aus, dass man den Adler zu einem Vereins- und Versammlungshaus umbauen solle und Frequenzbringer anders definieren müsse.

BGM Schmitt sagte, dass die Vereine ein solches Objekt wohl weitgehend abends nutzen würden und fragte, welche Frequenz GR Hohl tagsüber sehe?

GR Hohl sagte, er werde dazu unter TOP 4 nähere Ausführungen machen.

GR Breitenbücher (PL) sagte, dass man sich im Ortskern schon zu Zeiten von Bürgermeister Huckele um eine Verbesserung bemüht habe. Deutlich über 70 % der Kaufkraft aus Plankstadt fließe im Moment in Märkte anderer Gemeinden. Sie fragte, wie viele Beschwerden der Anwohner wegen Lärmbelästigung es wohl bei einem Bürger- und Vereinshaus geben werde, und wo man die in wesentlich größerer Zahl benötigten Parkplätze sehe?

Weiterhin fragte sie, wer das bezahlen solle, da die Vereine dies wohl nicht leisten könnten.

Nach der Abstimmung erklärte Bgm Schmitt, dass er davon ausgehe, dass die Fraktionen, die das Vorhaben gerade abgelehnt hätten, mit realisierbaren Konzepten auf die Verwaltung zukommen werden, um das im Rat einstimmig gefasste Ziel der Ortskernsanierung mit Ansiedlung einer Nahversorgung im Zentrum doch noch zu erreichen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 8 Ja-Stimmen der PL (GRe Engelhardt, Kolb, Dr. Klimpel-Schöffler, Waldecker, Breitenbücher, Dr. Veclas und Layer) und des Bgm, bei 11 Gegenstimmen der CDU (GRe Wolf, Schleich, Schuster, Helmling, Berger, Dr. Weis), SPD (GRe Wacker, Dr. Mende, Schneider) und GLP (GRe Hohl und Schüller).

TOP Ö 3

Vorhabenbezogener Bebauungsplan und örtliche Bauvorschriften „Einzelhandelsstandort Jahnstraße“ – Aufstellungsbeschluss – Billigung der Vorentwürfe – Frühzeitige Öffentlichkeits- und Behördenbeteiligung

Ein wichtiges Planungsziel der Gemeinde Plankstadt besteht in der Sicherung und Stärkung der örtlichen Lebensmittel-Nahversorgung. Als Grundlage entsprechender planerischer Entscheidungen wurde als Ergänzung zu dem Leitbild des Nachbarschaftsverbandes Heidelberg-Mannheim vom März 2009 eine Auswirkungsanalyse zur Ansiedlung von Nahversorgungseinrichtungen in Plankstadt erarbeitet. Das Gutachten kommt zusammenfassend zu folgenden Empfehlungen: Sowohl die geplante Ansiedlung der beiden Lebensmittelmärkte EDEKA und Penny am Planstandort Jahnstraße als auch die Ansiedlung der Treff 3000-Filiale am innerörtlichen Standort sind unter raumordnerischen Gesichtspunkten wünschenswert und zulässig. Als Voraussetzung für die raumordnerische Verträglichkeit der beiden Maßnahmen ist eine Nachfolgenutzung mit Lebensmittelsortimenten am Altstandort des Penny-Markts im Gewerbering durch geeignete Instrumente auszuschließen. Planungsüberlegungen wurden dem

Gemeinderat anlässlich der Bauausschusssitzungen am 10.01.2011 und 04.07.2011 vorgestellt und in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 18.07.2011 wurde dem „Doppelstandort EDEKA und Penny“ in der Jahnstraße und dem Verkauf der dafür benötigten Fläche zugestimmt.

Die gemäß Baugesetzbuch vorgeschriebenen Verfahrensschritte zur Beteiligung der Öffentlichkeit am Planungsprozess wurden durch eine Bürgerversammlung am 05.12.2011 ergänzt.

Es wurden keine Auswirkungen des Vorhabens auf die Ziele des interkommunalen Leitbildes festgestellt.

GR Waldecker (PL) sagte, dass es einen Beschluss aus dem Jahre 2008 gäbe, in dem das Gremium schon einmal einem Doppelstandort zugestimmt habe. Man wurde deutlich von Experten informiert, dass weit über 70 % der Plankstadter Kaufkraft im Moment aus Plankstadt abfließe. Er zitierte wie folgt aus dem Einzelhandelsgutachten: „Durch die geplanten Vorhaben kann Kaufkraft aus dem Umland nach Plankstadt zurückgeholt werden, weshalb eine deutliche Steigerung der Bindungsquote möglich ist, wodurch, wie im Einzelhandelskonzept erläutert, zusätzliches Ansiedlungspotenzial besteht und eine deutliche Verbesserung der Nahversorgung in Plankstadt erreicht werden, wie es auch als vorrangiges Ziel festgehalten wurde“. An GR Dr. Weis gerichtet, stellte er klar, dass die PL das Gutachten sehr genau gelesen habe und wies damit auch dessen Aussagen unter TOP 2 zurück, dass das vorgelegte Konzept nicht zur Verbesserung der Nahversorgung beitrage. Die PL spreche sich für einen Standort an der Mehrzweckhalle aus. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Dr. Weis (CDU) sagte, dass hier Kröten geschluckt würden, die man gar nicht schlucken müsse. Er sehe hier eine Kehrtwende ohne Erkenntniszuwachs bei der PL. Er gab die Ablehnung der CDU.

GR Wacker (SPD) sagte, man brauche eine echte Nahversorgung im Zentrum und müsse inhabergeführte Geschäfte unterstützen. Wenn „Ihre Kette“ im 2. Ortszentrum in der Schubertstraße kaputt gehe, seien die dortigen Anwohner die Leidtragenden. Der Standort MZH sei mit dem Leitbild nur bedingt vereinbar. Man brauche einen Investor, der das realisiere was man brauche. Sie gab die Ablehnung der SPD.

GR Schüller (GLP) sagte, dass die GLP bereits 2004 gegen den Netto-Markt und für die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes in der Ortsmitte gewesen sei. Sie gab die Ablehnung der GLP.

GR Engelhardt (PL) sagte, dass er sich im Jahr 2004 bei der Ansiedlung des Netto-Marktes aus folgenden Gründen enthalten habe: Es gäbe immer 2 Seiten. Einzelhandel und Endverbraucher. Es gäbe viele Bürgerinnen und Bürger, die aus unterschiedlichen Gründen auf einen Discounter angewiesen seien. Dies habe er damals als Gemeinderat berücksichtigt, wie es auch erforderlich sei, auch wenn er Einzelhändler sei. Es zähle das Wohl und die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger. Er verwies weiter auf den unaufhaltsamen stetigen Rückgang des Einzelhandelsangebots in Plankstadt, da die großen Unternehmen letztlich den kleinen Einzelhandel ersetzen würden. Die Bürgerinnen und Bürger stimmen mit den Füßen ab, was man nicht bewerten, sondern akzeptieren müsse. Man brauche eine ordnungsgemäße Nahversorgung in Plankstadt, weshalb man an den großen Unternehmen letztlich nicht vorbei komme. Man müsse deshalb alles realistisch sehen, was er leider bei vielen Aussagen und Stellungnahmen der Ratskollegen vermisse.

GR Dr. Weis (CDU) fragte, ob man die Sitzung für 5 Min. unterbrechen wolle, damit sich die PL beraten könne.

GR Dr. Verclas (PL) antwortete, dass GR Dr. Weis für die PL nichts beantragen brauche. Sollte die CDU jedoch

noch internen Beratungsbedarf haben, so könne man dem gerne entgegen kommen.

Bgm Schmitt sagte, dass er 2008 bereits erklärt hatte, dass er einen damals vom Gemeinderat beschlossenen Doppelstandort an der Mehrzweckhalle nicht weiter verfolgen, sondern sich um die Ansiedlung eines Lebensmittelmarktes im Zentrum bemühen werde. Da der Lebensmittelmarkt im Zentrum nur durch die Ansiedlung des Doppelstandortes an der Mehrzweckhalle zu erreichen war, habe er diese Lösung gemäß den Beschlüssen des Gemeinderates verfolgt. Er stehe voll und ganz hinter dem vorgelegten Gesamtkonzept, könne jedoch dem Vorhaben an der Mehrzweckhalle nun nicht zustimmen, nachdem der Gemeinderat die Ansiedlung im Zentrum gerade mehrheitlich abgelehnt habe.

Nach der Abstimmung wurde die Sitzung für 5 Minuten unterbrochen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt bei 5 Ja-Stimmen der PL (GRe Engelhardt, Kolb, Dr. Klimpel-Schöffler, Waldecker, Breitenbücher), bei 11 Gegenstimmen der CDU (GRe Wolf, Schleich, Schuster, Helmling, Berger, Dr. Weis), SPD (GRe Wacker, Dr. Mende, Schneider) und GLP (GRe Hohl und Schüller) und 3 Enthaltungen der PL (GRe Dr. Verclas, Layer) und des BGM.

TOP Ö 4

Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 sowie des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2012; Beratung und Beschlussfassung über Haushaltsanträge für das Jahr 2012

Sachverhalt:

1) Beratung und Beschlussfassung über Haushaltsanträge für das Jahr 2012:

Die Haushaltsanträge wurden in den Sitzungen des Ausschusses für Verwaltung, Kultur, Sport und Soziales am 10.10.2011 und am 21.11.2011 erörtert.

Haushaltsanträge der Fraktion der Plankstadter Liste:

Antrag 1 der Plankstadter Liste:

Im Haushalt 2012 sollen Mittel für eine Unterstellmöglichkeit (Wartehäuschen) an der Bushaltstelle Plankstadt-Ost (Ortsausgang Eppelheimer Straße/Fahrtrichtung Eppelheim) bereitgestellt werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Aufgrund der stark befahrenen Straße sollten Wartehäuschen auf beiden Seiten errichtet werden. Es wurde ein Ansatz von 12.000 € hierfür eingestellt.

Beschlussvorschlag:

Die Mittel (12.000 €) werden hierfür bereitgestellt.

Antrag 2 der Plankstadter Liste:

Zur Kostendämpfung sollen die geplanten Renovierungsmaßnahmen für das gemeindeeigene Wohngebäude Mozartstraße 32 um ein Jahr zurückgestellt werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Bei der Finanzposition 1.8810.500000 sind ca. 100 T€ und bei der Finanzposition 2.8810.940000.001 sind ca. 80 T€ für diesen Zweck vorgesehen. Eine Verschiebung dieser Maßnahme um ein Jahr ist mit keinen

Kosteneinsparungen verbunden. Im Ausschuss kam man überein, die Mittel im Haushalt 2012 zu belassen; jedoch mit Sperrvermerken (insgesamt über 180.000 €) zu versehen.

Beschlussvorschlag:

Die Mittel werden nicht um ein Jahr zurückgestellt, sondern mit Sperrvermerken im Jahr 2012 (insgesamt über 180.000 €) versehen.

Haushaltsanträge der Fraktion der CDU:

Antrag 1 der CDU:

Fortschreibung des Verkehrskonzepts inklusive des Radwegenetzes

Stellungnahme der Verwaltung:

In dem Haushaltsplanentwurf waren hierfür bereits 20.000 € eingestellt. Für die Fortschreibung des Verkehrskonzepts inklusive Radwegenetzes für die ganze Gemeinde sind voraussichtlich Ausgaben von 40.000 € erforderlich. Der Ansatz wurde entsprechend erhöht.

Beschlussvorschlag:

Die Mittel (insgesamt 40.000 €) werden hierfür bereitgestellt.

Antrag 2 der CDU:

Kauf von 2 „elektronischen Zeigefingern“ zur Geschwindigkeitsmessung am Ortseingang MZH und Schönauerstr./Schubertstr./Schwetzinger Str.

Stellungnahme der Verwaltung:

Im Jahr 2011 wurde bereits ein Gerät angeschafft. Für die Anschaffung eines zweiten Geräts im Jahr 2012 wird der Ansatz um 2.000 € erhöht.

Beschlussvorschlag:

Die Mittel (2.000 €) für ein zweites Gerät werden bereitgestellt.

Haushaltsanträge der Fraktion der SPD:

Antrag 1 der SPD:

Einstellung von Mitteln zur Erstellung eines Gutachtens zum geplanten Nahwärmenetz Plankstadt durch einen unabhängigen Sachverständigen

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Ansatz im Haushaltsplanentwurf 2012 soll auf 20.000 € erhöht werden, da die Mittel aus 2011 nicht übertragbar sind. Laut Ausschuss soll das Gutachten Auskunft darüber geben, ob ein Anschluss an das Nahwärmenetz für die Bürger sinnvoll ist und was eine Beteiligung der Gemeinde bringt. Ferner soll die Verwaltung prüfen, ob diese Kosten Dritten auferlegt werden können.

Beschlussvorschlag:

Die Mittel (insgesamt 20.000 €) werden hierfür bereitgestellt.

Haushaltsanträge der Fraktion der Grünen Liste Plankstadt:

Antrag 1 der Grünen Liste Plankstadt:

Der Gemeinderat möge beschließen, eine MitarbeiterIn des Bürgerbüros mit der besonderen Aufgabe „Beratung in Seniorenfragen“ als Anlaufstelle in akuten Notlagen zu betrauen. Außerdem soll ein Flyer mit Angeboten zur Alltagsbewältigung für Senioren und im Pflegefall erstellt werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Die Errichtung eines Flyers analog der Gemeinde Oftersheim ist eine sinnvolle Maßnahme. Die Kosten für den Druck und die Verteilung sind überschaubar (je nach Auflage: ca. 1.000 bis 2.000 €). Diese Ausgaben können aus dem bestehenden Ansatz für Geschäftsausgaben des Bürgerbüros geleistet werden. Zusätzliches Personal ist aufgrund der entstehenden Kosten angesichts der Haushaltslage nicht sinnvoll.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung soll einen Flyer mit Angeboten zur Alltagsbewältigung für Senioren und im Pflegefall erstellen. Die Schaffung einer (weiteren) Stelle im Bürgerbüro mit der besonderen Aufgabe „Beratung in Seniorenfragen“ wird aus Kostengründen (laufende Kosten und einmalige Umbaukosten) aufgrund der angespannten Haushaltslage abgelehnt.

Antrag 2 der Grüne Liste Plankstadt:

Bereitstellung eines Car-Sharing Stellplatzes in der Ortsmitte.

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Verwaltung liegen keine Anfragen eines Car-Sharing-Unternehmens vor. Wenn eine Firma Interesse hätte, würde sie eine ortsübliche Stellplatzmiete bezahlen.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 3 der Grüne Liste Plankstadt:

Der Gemeinderat möge die Einrichtung einer kleinen Bibliothek im Vorbereitungsraum der Fraktionen beschließen.

Stellungnahme der Verwaltung:

Nach der Wahl wurden alle Gemeinderatsmitglieder mit der vom Gemeindegang empfohlenen Grundausstattung ausgestattet. Außerdem erhält jedes Mitglied des Gemeinderats je einen Haushaltsplan, einen Nachtrag (wenn erforderlich) und einen

Rechenschaftsbericht. Selbst in der Verwaltung sind gewisse Bücher aufgrund der hohen Kosten (Anschaffung und Aktualisierung) nur einmal vorhanden und werden bei Bedarf von allen Fachbereichen gemeinsam genutzt. Außerdem wird viel auf Informationen über das Internet zugegriffen.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt. Lediglich die vom Gemeindegang empfohlene Grundausstattung und die Haushaltspläne, Jahresrechnungen und Nachträge werden bereitgestellt.

Antrag 4 der Grüne Liste Plankstadt:

Der Gemeinderat möge beschließen, jährlich mindestens eine Bürgerversammlung durchzuführen, um die Bürgerinnen und Bürger über geplante Maßnahmen zu informieren.

Stellungnahme der Verwaltung:

Dem Grunde nach handelt es sich hierbei nicht um einen Haushaltsantrag. Die vorhandenen Mittel reichen zur Durchführung einer Bürgerversammlung aus. Der Bürgermeister lädt bei Bedarf zu Bürgerversammlungen,

Informationsveranstaltungen und (Vor-Ort-)Treffen ein. Ferner steht der Bürgermeister ganzjährig der Bevölkerung (regelmäßige Sprechzeiten, bei Bedarf Vororttermine mit Bürgern, ...) zur Verfügung. Für Infoveranstaltungen, etc. sollte der Veranstaltungsetat um 1.000 € erhöht werden (Mittel bereits erhöht).

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt.

Antrag 5 der Grüne Liste Plankstadt:

Die GLP beantragt 1,5 Mio € für den Ankauf des Areals „Gasthaus Adler“ zur Verfügung zu stellen. Die Mittel sollen durch Umschichtung im Haushalt 2012, durch Verkauf von Gewerbegrundstücken des ehem. Astra/Zeneca-Geländes und über die Mittel der Ortskernsanierung aufgebracht werden.

Stellungnahme der Verwaltung:

Zu den von der GLP beantragten 1,5 Mio € für den Erwerb des „Gasthaus Adler“ würde noch ein Vielfaches für eine Bebauung hinzukommen, das der Gemeindehaushalt nicht verkraften kann. Ferner würden weitere laufende Kosten für die Unterhaltung und den Betrieb auf die Gemeinde zukommen. Gem. § 77 Absatz 1 der Gemeindeordnung hat die Gemeinde ihre Haushaltswirtschaft so zu planen und zu führen, dass die stetige Erfüllung ihrer Aufgaben gesichert ist. Gem. § 91 Absatz 1 der Gemeindeordnung soll die Gemeinde Vermögensgegenstände nur erwerben, wenn dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlich ist. Gem. Absatz 2 sind diese ...wirtschaftlich zu verwalten...

Die Gemeinde ist bereits seit Jahren nicht in der Lage ihren Haushalt ohne Sondererträge (Grundstückserlöse und Wertabschöpfungen aus Baugebieten) auszugleichen; d. h. ihre Einrichtungen und Infrastruktur (Straßen) ausreichend zu unterhalten. Deshalb kann die Gemeinde sich keine zusätzlichen Lasten mehr aufbürden. Bei der Bestätigung der Gesetzmäßigkeit des Haushaltsplans 2011 hat das Kommunalrechtsamt u. a. folgenden Hinweis aufgeführt: „Die zentrale Aufgabe der Gemeinde Plankstadt für die nächsten Jahre wird es sein, den Haushalt nachhaltig zu konsolidieren. Sie ist gefordert, den Investitionsbedarf genauestens zu prüfen. Dem nachhaltigen Abbau der Schulden muss hohe Priorität eingeräumt werden, um einer Begrenzung des Gestaltungsspielraums der zuständigen Organe durch den anwachsenden Schuldendienst entgegenwirken zu können. Zur Verbesserung der Leistungskraft des Verwaltungshaushalts sollten die Einnahmemöglichkeiten zeitnah und in angemessenem Umfang ausgeschöpft werden. Die konsumtiven und investiven Ausgaben sollten - insbesondere mit Blick auf die Folgekosten – genauestens überprüft werden.“ Außerdem ist der Eigentümer nicht bereit zu verkaufen.

Beschlussvorschlag:

Der Antrag wird abgelehnt.

2) Beschlussfassung über die Haushaltssatzung mit Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2012 sowie des Wirtschaftsplans des Eigenbetriebs Gemeindewasserversorgung für das Wirtschaftsjahr 2012

Der Haushaltsplanentwurf für die Jahre 2012 bis 2015 wurde von der Verwaltung am 26.9.2011 eingebracht. Im vorliegenden Entwurf ergeben sich für den gesamten Planungszeitraum rechnerische „Verbesserungen“ von ca. 8,5 Mio. €, also im Durchschnitt über 2 Mio. € pro Planungsjahr. Diese setzen sich folgendermaßen zusammen:

- Erhöhung der Kinderbetreuungsförderung ca. 1,8 Mio. €
- Erhöhung der Abwassergebühren ca. 1,7 Mio. €
- höhere Rücklageentnahme aufgrund eines besseren Ergebnisses 2011 ca. 1,3 Mio. €
- Sonstiges (v. a. durch die Einarbeitung der Orientierungsdaten für die Jahre

2013 bis 2015 des Finanzausgleichs und der Einkommensteueranteile (neue Schlüsselzahl zugunsten der Gemeinde ab 2012) ca. 3,7 Mio. €

Trotz dieser Verbesserungen müssen im Jahr 2012 laut Plan 3,4 Mio. € aus der Rücklage entnommen und Grundstückserlöse von 0,1 Mio. € eingestellt werden.

Sollte beispielsweise der Euro als Gemeinschaftswährung scheitern oder die gemäß Haushaltserlass einzuplanenden optimistischen Steigerungsraten durch die Konjunkturbelebung nicht oder nicht in vollem Umfange eintreten, könnte bereits die Planung für 2012 zu überarbeiten sein.

BGM Schmitt sagte, dass sich die Haushaltslage für die Gemeinde seit der Einbringung des Haushalts im September 2011 glücklicherweise verbessert habe, allerdings immer noch nicht im guten Bereich ist, so dass ein konsequenter Sparkurs weiterhin erfolgen muss.

Bei den Haushaltsanträgen 1 und 2 der PL sowie den Haushaltsanträgen 1 und 2 der CDU wurde den jeweiligen Beschlussvorschlägen der Verwaltung einstimmig zugestimmt.

GR Dr. Mende (SPD) ging auf den ersten Haushaltsantrag der SPD ein und sagte, dass CO₂-Emissionen vermindern Ziel der SPD sei. Ein sinnvolles, von den Bürgern akzeptiertes Projekt brauche ein Konzept von unabhängigen Gutachtern mit einer ergebnisoffenen Prüfung. In Relation zum Ausgabenvolumen sei der Kostenansatz gerechtfertigt. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde einstimmig zugestimmt.

GR Schüller (GLP) ging auf den ersten Haushaltsantrag der GLP ein und sagte, die Stelle im Bürgerbüro werde aufgebauscht. Sie wäre im Moment noch nicht nötig, aber in der Zukunft schon.

BGM Schmitt fragte, ob nun mit dem Antrag eine zusätzliche Stelle geschaffen werden solle, was von Schüller für die Zukunft zwar bejaht wurde. Man solle es aber im Moment bei der Erstellung eines Flyers belassen. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde einstimmig zugestimmt.

Bei dem Haushaltsantrag 2 der GLP wurde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig zugestimmt.

GR Hohl (GLP) zeigte sich beim Haushaltsantrag 3 der GLP überrascht, dass man so geizig sei. Die Verwaltung würde sich auch alles anschaffen, was sie brauche.

GR Dr. Mende (SPD) sagte, der Vorschlag sei nicht unbegründet, er habe in letzter Zeit die Zeitschrift „der gemeinderat“ vermisst. Dem Beschlussvorschlag der Verwaltung wurde einstimmig zugestimmt.

Bei dem Haushaltsantrag 4 der GLP wurde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung einstimmig zugestimmt.

GR Hohl (GLP) nahm Bezug auf den Haushaltsantrag 5 der GLP und sagte, was nicht erwünscht sei scheitere am Geld. Die Gegenargumente seien wenig beeindruckend. Ob die Höhe des Antrages mit 1,5 Mio. Euro so richtig sei, könne er nicht sagen, vielleicht wären 1 Mio. Euro oder auch 850.000 Euro richtiger. Der Abriss des Adlers werde von der GLP abgelehnt. Man wolle eine Umgestaltung und Erweiterung der baulichen Ressourcen zu einem Vereins- und Bürgerhaus mit Gastronomiebetrieb. Der Adlersaal solle ein Bürgersaal werden. Man solle einen Bauherrn finden, der die Interessen der Gemeinde berücksichtigt. Die GLP gehe grundsätzlich von Inanspruchnahme privaten Kapitals aus. Es solle dort dann auch einen kleinen Lebensmittelmarkt geben. Hohl sagte, dass die GLP die Leute nach Plankstadt bringe, die das realisieren.

GR Dr. Klimpel-Schöffler (PL) empfahl GR Hohl Herrn Hopp als Sponsor zu gewinnen.

Bgm Schmitt stellte klar, dass zusätzlich zu dem Erwerb auch hohe Sanierungskosten anfallen würden und die Vereine ein solches Projekt sicherlich nicht bezahlen könnten. Wenn man das wolle, dann müsse man auch bereit sein zu bezahlen. Ein solches Projekt verursache sicherlich einen jährlichen Zuschussbedarf von mindestens 400.000 Euro, was als Gegenfinanzierung eine Erhöhung der Grundsteuer von rd. 140 Prozentpunkten benötige, also ungefähr 200 Euro pro Jahr für ein Einfamilienhaus ausmache.

GR Schuster (CDU) sagte, dass man sich in nächster Zeit mit dem Adler auseinandersetzen müsse. Wenn klar sei, wo es hingehe, gäbe es auch das Instrument des Nachtragshaushaltes.

GR Dr. Mende (SPD) sagte, dass es Unzufriedenheit mit der Planung gäbe. Man müsse längerfristig sehen, was man machen wolle. Er sagte, dass es unglücklich sei, dass die GLP mögliche Kaufpreise in Zahlen genannt habe.

GR Breitenbücher (PL) sagte, dass man die Vereine schon einmal befragt habe, ob Interesse zur Anmietung zusätzlicher Räume bestehe. Diesen Datenbestand solle die Verwaltung aktualisieren.

GR Hohl (GLP) sagte, dass man den Antrag zurückziehe.

GR Dr. Verclas (PL) bedankte sich bei der Kämmerei für die gute Arbeit. Er sagte, dass die Haushaltslage nicht rosig sei und es der Gemeinde an Geld fehle. Das Postulat des Haushaltsausgleichs werde nicht erfüllt. Er gab die Zustimmung der PL.

GR Schuster (CDU) sagte, man habe in den letzten Monaten sehr intensiv den Haushalt vorbesprochen. Der letztjährige Haushalt sei besser als geplant gewesen. Das Motto müsse lauten so viel wie nötig, aber keine Extrawürste. Die Gemeinde müsse den Haushalt nachhaltig konsolidieren und der Abbau der Schulden müsse höchste Priorität haben. Die CDU beantragte Sperrvermerke bei 1. Photovoltaikanlage, 2. Unternehmensbeteiligung, 3. Erneuerung des Antoniuswegs, 4. Anschaffung Bürgerbus. Man müsse in den nächsten Jahren sehen, für was man das Geld ausgeben. Sie bedankte sich bei der Kämmerei.

GR Dr. Mende (SPD) dankte vorab der Kämmerei für die geleistete Arbeit. Man befinde sich in unsicheren Zeiten globaler und nationaler Finanzen. Es blieben Fragen unbeantwortet, der Vorbericht im HH-Plan sei unter BGM Schmitt sehr kärglich geworden. Die Informationen sollten nachvollziehbar auch für Nichtspezialisten sein. Bgm Schmitt und FBL Kroiher beantworteten alle Fragen von GR Dr. Mende.

GR Dr. Mende sagte, dass sich die Personalausgaben über die Jahre erhöhen, wobei es Minderausgaben beim Personal des Bauhofes gäbe. Die Vorbemerkungen seien zu wenig, er gab die Ablehnung der SPD.

GR Hohl (GLP) sagte, bevor es keine umfassende Gemeindefinanzreform gäbe, müssen Gemeinden ihr Tafelsilber veräußern. Das von AstraZeneca zurückerhaltene Gebiet müsse verkauft werden. Die Gesamtsituation habe sich besser gestaltet als erwartet. Es werde 2012 seiner Meinung nach auch besser werden als erwartet. Er kritisierte, dass die finanziellen Mittel bei der Datenverarbeitung immer stiegen, genau wie die Umlage ans Rechenzentrum. Er fragte, wie sich der Anstieg der Personalausgaben bei der Haupt- und der Finanzverwaltung erklärten.

BGM Schmitt erklärte, dies liege daran, dass Mitarbeiter in die Altersteilzeit eintreten.

Hohl gab die Ablehnung der GLP zum Haushalt. Er sagte weiter, dass man davon ausgehe, dass der Wasserpreis

stabil bleibe und gab die Enthaltung der GLP zum Wirtschaftsplan.

Es wurden die Anträge der CDU zu den Sperrvermerken einzeln abgestimmt:

Zu 1. Mehrheitlich angenommen mit 15 Ja-Stimmen von PL (GRe Engelhardt, Kolb, Dr. Klimpel-Schöffler, Waldecker), CDU, SPD und GLP bei 4 Gegenstimmen der GRe Dr. Verclas, Layer, Breitenbücher und BGM.

Zu 2. Mehrheitlich angenommen mit 10 Ja-Stimmen von CDU, SPD und GR Schüller, bei 7 Gegenstimmen der GRe Engelhardt, Dr. Klimpel-Schöffler, Waldecker, Breitenbücher, Dr. Verclas, Layer und BGM und 2 Enthaltungen der GRe Kolb und Hohl.

Zu 3. Mehrheitlich angenommen mit 12 Ja-Stimmen von CDU, SPD, GLP und GR Breitenbücher, bei 3 Gegenstimmen von GRe Dr. Verclas, Layer und BGM und 4 Enthaltungen der GRe Waldecker, Dr. Klimpel-Schöffler, Kolb und Engelhardt.

Zu 4. Mehrheitlich angenommen mit 13 Ja-Stimmen von PL und CDU, bei 5 Gegenstimmen von SPD und GLP und 1 Enthaltung vom BGM.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich angenommen mit

14 Ja-Stimmen PL (7), CDU (6), die Stimme des Bürgermeisters

5 Nein-Stimmen SPD (3), GLP(2)

TOP Ö 6

Bekanntgabe der in der nichtöffentlichen Gemeinderatssitzung am 12.12.2011 gefassten Beschlüsse

TOP NÖ 1

a) Einstellung einer Verwaltungskraft

b) Einstellung einer Teilzeitkraft

a) Mehrheitlich angenommen.

b) Mehrheitlich angenommen.

TOP NÖ 2

Streitverkündung bzgl. Abwasserbeiträge

Einstimmig abgelehnt.